

Christine Resch / Thomas Wagner (Hrsg.)

**Migration als soziale Praxis: Kämpfe um  
Autonomie und repressive Erfahrungen**

**WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT**

*Christine Resch / Thomas Wagner*

## Praxen der Migration: zur Einleitung

„DER GROSSE

Das Bier ist kein Bier, was dadurch ausgeglichen wird, daß die Zigarren keine Zigarren sind, aber der Paß muss ein Paß sein, damit sie einen in das Land hineinlassen.

DER UNTERSETZTE

Der Paß ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt nicht auf so einfache Weise zustand wie der Mensch. Ein Mensch kann überall zustandkommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Paß niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.

DER GROSSE

Man kann sagen, der Mensch ist nur der mechanische Halter eines Passes. Der Paß wird ihm in die Brusttasche gesteckt wie die Aktienpakete in das Safe gesteckt werden, das an und für sich keinen Wert hat, aber Wertgegenstände enthält.

DER UNTERSETZTE

Und doch könnt man behaupten, daß der Mensch in gewisser Hinsicht für den Paß notwendig ist. Der Paß ist die Hauptsach, Hut ab vor ihm, aber ohne dazugehörigen Menschen wär er nicht möglich oder mindestens nicht ganz voll. Es ist wie mit dem Chirurg, er braucht den Kranken, damit er operieren kann, insofern ist er unselbständig, eine halbe Sach mit seiner ganzen Studiertheit und in einem modernen Staat ist es ebenso; die Hauptsach ist der Führer oder Duce, aber sie brauchen auch Leut zum Führen. Sie sind groß, aber irgend jemand muß dafür aufkommen, sonst gehts nicht.“

(Bertolt Brecht *Flüchtlingsgespräche*; in den frühen 1940er Jahren geschrieben)

Praxen der Migration bilden eine dynamische Kraft gesellschaftlicher Transformation. Indem Menschen nationalstaatliche Grenzen überschreiten und sich auf diese Weise in ein Verhältnis zu bestimmten politischen Gemeinwesen setzen (seien dies Nationalstaaten, Kommunen oder supranationale Staatsprojekte wie Europa), verweisen sie auf Konflikte über die Zugehörigkeit zum Gemeinwesen, d.h. um Bürgerschaft, daran anknüpfende Partizipationsrechte

und damit letztlich immer auch über die Gestalt und die Grenzen des Gemeinwesens selbst.

Insofern stehen Praxen der Migration in vielerlei Hinsicht in einem Verhältnis zu grundlegenden Fragen von Vergesellschaftung sowie der Verteilung und Hierarchisierung von Rechten, Optionen und gesellschaftlichen Ressourcen. Nicht selten wird, wenn vordergründig von Migration die Rede ist, vieles mitverhandelt. So lautete eine zentrale These des Vortrags: „Migration und Rassismus. Anmerkungen für eine Konjunkturanalyse“, den Manuela Bojadžijev am 06.04.2017 in Ludwigshafen im Rahmen der Ringvorlesung des Querschnittsmoduls Flucht/Migration gehalten hat. Bedauerlicherweise war es ihr nicht möglich, ihre Überlegungen für das Buch auszuarbeiten. Weil sie für einige Beiträge wichtige Impulse geliefert haben, erlauben wir uns, sie hier zu erwähnen. In den Diskussionen werden Fragen der Gestaltung von (deregulierten) Arbeitsmärkten, über den (nicht vorhandenen) sozialen Wohnungsbau und die nach den Möglichkeiten, an sozialer Infrastruktur zu partizipieren (Gesundheit, Bildung, Verkehr, finanzielle Ressourcen, um möglichst gut leben zu können) ebenso thematisiert wie Geschlechterverhältnisse „hier“ und „dort“. Schließlich reicht das Spektrum bis hin zu Debatten über die herrschende Form von Demokratie und einer Krise politischer Repräsentation sowie der (umkämpften) Möglichkeit zu politischer Partizipation.

In Debatten über Migration artikulieren sich gesellschaftliche und politische Konflikte, für die sonst politische Arenen fehlen. Am deutlichsten zeigt sich das, wenn die knappen Ressourcen, die der Wohlfahrtsstaat noch zur Verfügung stellt, als Konkurrenz- und Verteilungskämpfe auf die Geflüchteten projiziert werden. Wohlstandschauvinismus in den Aufnahmeländern dominiert die Debatten. Sie sind durch populistische Propaganda der politischen Parteien kontextualisiert, die in „wir“ und „die“ unterscheiden. Identitätspolitik hat einer Interessenspolitik den Rang abgelaufen. Eine Klärung der dahinterliegenden Interessen und politischen Anliegen, steht nicht auf der Agenda. Vielmehr changiert die Großpolitik zwischen „Wir schaffen das!“ und den Diskussionen um „Obergrenzen“.

Als dynamische Kraft gesellschaftlicher Transformation wird Migration aber sehr wohl für Akteur\*innen und Instanzen wohlfahrtsstaatlicher Arrangements zu einem Thema. Dies gilt insbesondere für die Soziale Arbeit, deren eigene Entstehungsgeschichte, sowohl international als auch in Deutschland, vielfach eine enge Beziehung zur Geschichte unterschiedlicher historischer Migrationsbewegungen aufweist: von der Auswanderung aus Europa in die „neue Welt“, über die „Integration“ Vertriebener und Aussiedler\*innen infolge des Zweiten

Weltkrieges, über die Arbeit mit „Gastarbeiter\*innen“, bis hin zum Thema Flucht und Asyl und sogenannter illegalisierter Migration und neuen Formen (europäischer) Transmigration.

Dabei ist das Verhältnis zwischen sozialen Diensten und Praxen der Migration vielschichtig und von Widersprüchen geprägt. So mag z.B. Soziale Arbeit einerseits eine hilfreiche Ressource bilden, auf die Praxen der Migration zurückgreifen können, um Situationen sozialer Ausschließung zu bearbeiten und Zugehörigkeit bzw. Bürger\*innenschaft für sich zu reklamieren. Als wohlfahrtsstaatlich institutionalisierte Praxis ist sie allerdings zugleich durch die Strukturen des deutschen wie europäischen Bürgerschafts- und Grenzregimes geprägt – und damit verstrickt in Prozesse sozialer Ausschließung. Dazu kann keinesfalls die Rede davon sein, dass es einseitig Dienste des Sozialwesens sind, die Einfluss auf die Gestaltung von Migrationsprozessen nehmen. Aktuell lässt sich beobachten, wie Migrationsbewegungen den beruflichen Alltag in vielen Regeleinrichtungen des Wohlfahrtsstaats – von der Jugendhilfe bis hin zur Gemeinwesenarbeit – transformieren und auch dort Auseinandersetzungen um die Gestaltung von Zugehörigkeit zu Tage treten lassen.

Dies gilt aber auch für andere Berufsgruppen, z.B. aus dem Kontext von Pflege und Gesundheit. In diesem Feld spielen Migrant\*innen als Arbeitskräfte bei der Erbringung (privater) Care-Arbeit eine nicht mehr wegzudenkende Rolle. Diese Aufgabe könnte ohne „irreguläre“ Pflegekräfte unter der Prämisse des gegenwärtigen forcierten Sparkurses in der Sozialpolitik kaum bewältigt werden. Migrantische Pflegekräfte sind widersprüchlichen Anforderungen ausgesetzt: sie werden als irreguläre Arbeitskräfte bekämpft und zugleich geduldet, sie übernehmen die Rolle eines Familienmitglieds und sind doch Lohnarbeiter\*innen. Es sind nicht zuletzt ihre Erfahrungen im Herkunftsland, die es ihnen häufig ermöglichen, diese komplizierten Arbeitsverhältnisse durch gekonnte Selbstorganisation zu bewerkstelligen. Zugleich stellen sie damit ein Modell von privater Care-Arbeit zu Verfügung, das sich, rechtlich abgesichert und angemessener bezahlt, als bedenkenswert erweist.

Über Migration soll nicht reden, wer von Rassismus schweigen möchte. Üblicherweise fokussieren wir auf Alltagsrassismen und die damit verbundene Diskriminierung. Besonders leicht fällt es den meisten, den „braunen Pöbel“ als „Gesinnungstäter“ anzuklagen. Das erspart es, siehe oben, die Konflikte, die sich in rassistischen Übergriffen zeigen, thematisieren zu müssen. Für den strukturellen politischen Rassismus ist es hilfreich, sich die Stichworte zu vergegenwärtigen, die bezogen auf die „Flüchtlingskrise“ in den Gazetten kursiert sind. Schon dass sich Politik und Medien, welcher Couleur auch immer, 2015 auf

„Flüchtlingskrise“ statt etwa auf „Krise der Flüchtlingspolitik“ verständigt haben, fällt auf. Von „Obergrenze“ über „Asylmissbrauch“, „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Familiennachzug“ bis zur Definition von „sicheren Herkunftsländern“ wäre es wünschenswert, die impliziten Rassismen in diesen Diskussionen zu rekonstruieren. Ein Thema, das im öffentlichen Diskurs wenig beachtet wird, betrifft den Bereich von Gesundheit. Auf der augenscheinlichen Ebene bezieht sich das auf den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung überhaupt. Fragen, ob die Lebensbedingungen im Aufnahmeland qua rassistischer Diskriminierung krank machen oder, nicht zuletzt aufgrund der Fluchterfahrungen, bestehende, nach hiesigem Verständnis als „Krankheit“ definierte traumatisierende Erfahrungen, verstärkt werden, werden selten gestellt. Darauf werden wir in diesem Buch den Akzent legen.

Vor diesem knapp skizzierten Hintergrund möchten wir mit dem vorliegenden Band einen gesellschaftstheoretisch fundierten und zugleich reflexiven Zugang auf Praxen der Migration herausarbeiten. Sie interessieren uns in ihrem Verhältnis und ihrem Einfluss auf die Entwicklung des beruflichen Alltags in wohlfahrtsstaatlichen bzw. sozialen Diensten. Widersprüche und unterschiedliche Perspektiven geraten so in den Blick. Statt fachliche Konzepte zu diskutieren, die auf gelingende Integration abzielen, liegt der Fokus hier auf gesellschaftspolitischen Formen (zu Verhinderungen) von sozialer und politischer Partizipation hin zu sozialer Ausschließung. Statt auf Merkmale und Eigenschaften der Migrant\*innen und der vermeintlich damit verbundenen Probleme, stellen wir auf innergesellschaftliche Konflikte ab. Statt über Migrant\*innen zu reden, wollen wir über deren Bedarfe und Erfahrungen, über Haltungen der Aufnahmegesellschaft und über herrschende Restriktionen nachdenken. Statt einseitig auf die Problematisierungen nach dem „langen Sommer der Migration“ (2015) hereinzufallen, vergleichen wir die gegenwärtig diskutierten Phänomene mit historischen Migrationsbewegungen.

## Zu den Beiträgen im Einzelnen

Der erste Block beschäftigt sich mit Versuchen, Migration politisch zu regulieren.

*Jörg Reitzig* lotet in einer politökonomischen Perspektive aus, wie sich in Europa (historisch) und in Hinblick auf gegenwärtige Produktionsverhältnisse Migrationspolitik gestaltet. Flucht wird in Bezug auf kapitalistische Ökonomie und internationale Arbeitsteilung reflektiert. Historisch informiert werden gesellschaftliche Ungleichzeitigkeiten analysiert, der Modus der europäischen Integration wird unter Rekurs auf Altvater mit „negativer Integration“ begrifflich

gefasst. Der Beitrag endet mit einer Utopie für ein politisches Europa als Projekt einer (föderalen) Demokratie auf (supranationaler) EU-Ebene. Seine Legitimität hänge davon ab, ob es von der Bevölkerung als fortschrittlich und die Bearbeitung von Migration als zukunftsweisend wahrgenommen wird.

Die Logik und Semantik von Grenzziehungen analysiert *Hans-Ulrich Dallmann* systemtheoretisch. Der Systemtheorie komme, so das Argument, eine herausgehobene Rolle zu, wenn Grenzziehungsprozesse in den Fokus rücken. Er diskutiert sozialphilosophische, politische und ethische Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen. Gegen jede Erkenntnis, dass Mauern und Zäune teuer und ineffektiv seien und Menschenopfer fordern, werden sie immer noch errichtet. Diese Politik, so die Schlussfolgerung, könne treffend als Borderline-Syndrom charakterisiert werden.

Der Beitrag von *Ellen Bareis* und *Thomas Wagner* beschäftigt sich mit Praxen der Migration in ihrem Verhältnis zur Sozialen Arbeit, besonders auf der Ebene kommunaler Gemeinwesen. Die Widersprüche, die dieses Verhältnis prägen, strukturieren das Nachdenken. Ausgehend von einer Kritik klassischer Migrationsmodelle, arbeiten sie im Anschluss an die theoretischen Figuren der Autonomie der Migration, Bürgerschaft als gesellschaftliches Verhältnis und ein kritisches Verständnis von Partizipation und sozialer Ausschließung eine Perspektive heraus, die Migration in erster Linie als eine Praxis versteht, mittels derer Migrant\*innen versuchen, Situationen der Entrechtung und Ausschließung zu bearbeiten und Partizipationsrechte für sich zu erstreiten. Lokale Einrichtungen Sozialer Arbeit werden als ein Terrain analysiert auf dem entsprechende Auseinandersetzungen stattfinden.

Nachdem zunächst europäische, national- und wohlfahrtsstaatliche Migrationspolitiken im Zentrum standen, werden im zweiten Abschnitt kommunale Strategien untersucht.

Herkömmlich verstehen wir unter „der Politik“ die Aktivitäten der politischen Repräsentant\*innen. Ein erweiterter Politikbegriff ist den Überlegungen von *Margit Mayer* dagegen selbstverständlich. Sie konzentriert sich in ihrem Aufsatz auf „Zusammenspiele“: kommunale Politik und wie unterschiedlich migrationspolitische Direktiven ausgelegt werden können, ehrenamtliches Engagement und politische Aktivitäten der Geflüchteten. „Die Stadt“ wird als Kumulationspunkt von Kämpfen begriffen. Dass die Geflüchteten bei den mächtigen Playern in dieser Arena nicht als Akteur\*innen gelten, ist Teil des Dilemmas. Partizipation, so die Schlussfolgerung, könnte schlicht heißen einzubeziehen, was in den Bewegungen der Geflüchteten artikuliert wird. Sie seien keine „entrechteten“ Opfer, sondern Akteure, die sich hier ein neues Leben aufbauen wollen.

Der Aufsatz von *Charlotte Jurk*, *Katja Reincke* und *Christine Resch* beschäftigt sich mit Konflikten im Aufnahmeland. Welche kommunalpolitischen Dynamiken entstehen (können), wenn gegen die Unterbringung von Geflüchteten im Stadtteil mobilisiert wird, ist das Kernstück der Fragestellung. Wenn vermeintlich von „den Flüchtlingen“ die Rede ist, wird tatsächlich über den Abbau des Sozialstaats, über Sicherheitsängste und das Geschlechterverhältnis geredet. Bei erzeugten Ressentiments gegen Geflüchtete handelt es sich um Wohlstandschauvinismus – Rassismus nicht ausgeschlossen.

*Sylvia Löffler* untersucht bezogen auf Antiziganismus kommunale Strategien und fragt nach den Bedingungen, die Stadtgesellschaften zu Adressaten für kultur- und sozialassistive Interventionen machen, aber auch, ob die betroffenen Kommunen solche Anmutungen abwehren können. Sie diskutiert „progressive“ Modelle und fragt nach den Widersprüchen, die sich daraus in der Praxis ergeben. Nicht zuletzt verwaltungsförmige Routinen konfliktieren mit fortschrittlichen stadtpolitischen Strategien. Ob es gelingen kann, Zuwandernde aus Südosteuropa unter Einbeziehung ihrer Bedürfnisse und Lebensweisen zu integrieren, sei derzeit noch offen und harre weiterer Forschung.

Mit dem dritten Abschnitt wenden wir uns einem konkreten Feld zu, genauer den Bereichen Migration und Gesundheit sowie Migration und Pflegearbeit.

Zunächst befasst sich *Regina Brunnett* mit der De-Thematisierung von Weißsein, hier im Kontext von Fragen der rassistischen Diskriminierung bezogen auf Gesundheit. Sie setzt rassistuskritische Theorien und gesundheitswissenschaftliche Studien in Beziehung zu einander. Es gelingt ihr zu zeigen, wie Krankheiten rassistisch konstruiert werden, aber auch, dass Diskriminierungserfahrungen krank machen. Reflexionen auf das Privileg, als Weiß kategorisiert zu werden, sei für Fachkräfte im Gesundheitswesen eine Chance, Distanz zu den eigenen Selbstverständlichkeiten herzustellen und eine Versorgung, die an den Bedarfen der Betroffenen ausgerichtet sei, zu forcieren.

Der Beitrag von *Amra Rapp-Ibrasimovic* untersucht die Vor- und Nachteile von Trauma als „Mode“-Diagnose. Sie tut das, indem sie nach der rechtlichen und politischen Bedeutung von Trauma im Kontext von Flucht und Migration fragt. Anhand eines Fallbeispiels zeigt Rapp-Ibrasimovic auf, wie und warum hegemoniale Traumakonzepte mit Bezug auf Erfahrungen im Kontext von „man made disaster“ wie Krieg, Vertreibung und Folter zu kurz greifen. Zugleich lenkt Rapp-Ibrasimovic die Aufmerksamkeit darauf, dass die erzwungene Lebensweise von Geflüchteten im Aufnahmeland leicht dazu führen kann, ein Trauma zu verstärken. Ein theoretisch begründetes Verständnis von „Trauma als Prozess“, würde, so ihr Fazit, die gesellschaftlichen Verhältnisse und

strukturellen Probleme mit akzentuieren statt nur individuelle Krankheiten zu therapieren.

Der letzte Aufsatz dieses Abschnittes wechselt in zweierlei Hinsicht die Perspektive. Es geht hier nicht um gesundheitliche Versorgung von Migrant\*innen, vielmehr um die (schlechten) und von politischer Herrschaft als irregulär bekämpften zugleich aber doch geduldeten Arbeitsverhältnisse von Pflegekräften aus Polen. *Agnieszka Satola* zeigt in einer interaktionistischen Interpretation von Interviews mit Pflegekräften, wie diese zu „als-ob“-Familienmitgliedern werden: Sie übernehmen Verantwortung und entwickeln Loyalität gegenüber den Pflegebedürftigen. Diese komplizierte Lebenssituation ermöglicht es ihnen, nicht zuletzt aufgrund ihrer Solidaritätserfahrungen im realsozialistischen Polen, miteinander zu kooperieren, und ihre Kompetenzen trotz prekärer Arbeitsverhältnisse zu stärken. Ohne diesen transnationalen Arbeitsmarkt könne der Pflegebedarf in Deutschland nicht gedeckt werden, solange sich die Staaten dieser Problematik aber nicht stellen, so das Fazit, bietet die irreguläre Beschäftigung für alle Beteiligten eine Alternative.

Schließlich werden im letzten Abschnitt Praxen der Migration im Kontext von Sozialer Arbeit untersucht.

Was Einrichtungen, die „Ankunft, Entscheidung, kommunale Verteilung bzw. Rückführung“ („AnKER“-Zentren) von Migrant\*innen verwalten, gegenwärtig bedeuten, nimmt *Sebastian Muy* in den Blick. In Anlehnung an die Studie von Tobias Pieper (2008), der die Mikrophysik von Herrschaft in deutschen Flüchtlingsunterkünften erforscht hat, fragt Sebastian Muy angesichts der sich weiter verschärfenden Asylpolitik und der Einführung der genannten „AnKER“-Zentren, nach den Notwendigkeiten weiterer empirischer Untersuchungen. Das Interesse liegt dabei nicht zuletzt auf den „Lagern“ als potentiell rechtsfreiem Raum und dem doppeltem Mandat, dem Sozialarbeiter\*innen dort unterworfen sind.

Die nächsten beiden Texte gehören eng zusammen. Das Thema ist Eigensinn – einerseits aus der Perspektive der betroffenen jugendlichen Migranten, andererseits aus der Perspektive der Sozialarbeiter\*innen. In beiden Aufsätzen wird deutlich, dass „Eigensinn“ gegen das umgangssprachliche Verständnis durchaus auch dort konstatiert werden kann, wo relativ herrschaftskonforme Praxen augenscheinlich dominieren.

*Lisa Kipphan* und *Urs Südhof* deuten Interviews mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Ihr Fokus liegt auf den Hilfestellungen und Restriktionen, die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe bieten. Sie können zeigen, dass Jugendliche durch die Darstellung von Konformität, ihre „autonomen“ Zukunftsperspektiven entwickeln und es als notwendig erachten, „Anpassung“ als Res-



source dafür zu nutzen. Mit solchen Haltungen lassen sich individuell und/oder kollektiv Spielräume gewinnen ohne die herrschaftlichen Zumutungen direkt herauszufordern. Viel deutlicher lässt sich die Notwendigkeit von „Integration“ als Voraussetzung für Eigenständigkeit nicht beschreiben.

Eigensinnigkeit ist aber auch eine Frage der im Feld der Sozialen Arbeit professionell Beschäftigten. *Arnd Götzelmann* und *Thomas Wagner* analysieren Geschichten aus dem beruflichen Alltag von Sozialarbeiter\*innen. Sie interessiert, wie sich wohlfahrtsstaatliche Transformationen in berufsbiographischen Erzählungen niederschlagen. Ihr zentraler Begriff ist der der „Bürgerschaft“ – die Frage, wer zu welchen Bedingungen am Gemeinwesen partizipieren kann oder davon ausgeschlossen wird und wie sich das historisch verändert. Es geht z.B. um Selbstorganisation der betroffenen Migrant\*innen und dann doch wieder um „Ausländerbeiräte“, die von Professionellen mit „Migrationshintergrund“ organisiert werden: herrschaftskonform und widerständig zugleich. Was dabei in den Blick gerät, sind eher unscheinbar bleibende Praxen, die dennoch auf eigensinnige Weise versuchen Bürgerschaft zu praktizieren.

In einem Epilog nimmt *Christine Resch* populäre Erzählungen in Form eines Romans und eines Sachbuchs auf, die im „langen Sommer der Migration“ oder kurz danach publiziert wurden. In diesen exemplarischen Interpretationen kann sie zeigen, dass selbst vermeintlich linke Positionen populistische Argumentationsfiguren verwenden. Die Grenzen zwischen Interessen und Ideologien sind im populären Diskurs derart vermischt, dass Aufklärung zunächst darin bestehen müsste, die Unterschiede zwischen beiden klarzustellen. In Belletristik dagegen kann es gelingen, die individuellen Geschichten der Geflüchteten und ihre Situation im Aufnahmeland in den Mittelpunkt zu stellen, ihre politischen Praxen ernst zu nehmen und uns ihre Lebenslage verständlich zu machen ohne in die Kaltschnäuzigkeit des bürokratischen „body count“ oder sentimentale Gefühlsduselei und Mitleid zu verfallen.

Bei aller Diskrepanz zwischen den einzelnen Beiträgen – sei es aufgrund theoretischer Traditionen und/oder konkreten Forschungsfeldern – zieht sich ein „roter Faden“ durch die Überlegungen. Allen Artikeln gemeinsam ist das Interesse an einer gesellschafts- und demokratietheoretischen Analyse von Migrationspolitik. Konflikte und Widersprüche werden fokussiert. Das geschieht aus einer Perspektive „von unten“. Um die Schwierigkeiten, die sich für die herrschende Politik stellen, muss sie sich selbst kümmern. Wir haben den Akzent auf die Erfahrungen der Betroffenen und die Kritik von hegemonialen Verständnissen gesetzt.

Ohne das von Thomas Wagner mitinitiierte Querschnittsmodul „Flucht/Migration“ an der *Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen* am Fachbereich für Sozial- und Gesundheitswesen wäre dieses Buch wohl nicht zustande gekommen. Ohne die interessierte Bereitschaft des Verlags *Westfälisches Dampfboot*, namentlich Günter Thien, die Publikation zu betreuen, wäre es nicht so schnell erschienen. Vielen Dank an die Mitarbeiter\*innen des Verlags.

ChR, TW

April 2019